

# Demo gegen Staatskommissar

Fortsetzung von Seite 1

Die Maßnahmen, anstelle des Vorstandes sowie der Vertreterversammlung der KZVB Staatskommissar Dr. Maximilian Gaßner einzusetzen, „zeugen von einem Politik- und Demokratieverständnis, das wir bei einer bayerischen Landesregierung nie für möglich gehalten hätten“, so Kräutler. Auch Dr. Christian Berger, BLZK-Vizepräsident übte Kritik: „Dass es zu solchen Zwangsmaßnahmen kommt, ist kein Zeichen des ‚Ungehorsams‘ einer Körperschaft, sondern Folge eines handwerklich

schlecht gemachten Gesetzes“, so Berger. „Die bayerische Zahnärzteschaft wehrt sich daher gegen dieses Gesetz, weil es patientenfeindlich ist und zu Lasten der freien Berufsausübung geht.“ Die Probleme der Politik und die Fehler des Gesetzes dürfen laut Berger „nicht auf dem Rücken der Zahnärzte ausgetragen werden“. Das Gesundheitssystem-Modernisierungsgesetz (GMG) weist aus seiner bzw. aus Sicht der Zahnärzteschaft einfach zu grobe Mängel auf, sodass große Umsetzungsprobleme die logische Folge sind. Die Politik habe es bislang ein-

fach versäumt, für Klarheit im Chaos zu sorgen, welches durch das Gesetz sowohl bei Patienten, Ärzten als auch Krankenkassen angerichtet wurde.

Das in diesem ganzen Umsetzungsprozess auch die Medien eine große Verantwortung tragen, darauf verwies BLZK-Präsident Michael Schwarz. So gab er u.a. auch eine eingereichte Programmbeschwerde gegen die am 26.2.2004 in der ARD ausgestrahlte Sendung „Panorama“ bekannt, welche diskriminierend gewesen sei und möglicherweise auch Straftatbestände erfüllt habe. Auch der Landesvorsitzende des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ), Landesverband Bayern, Thomas Thyroff, meldete sich zu Wort. Er nutzte die Veranstaltung, um noch einmal zu betonen, dass die Auseinandersetzung zwischen Staatsministerium und Zahnärzteschaft auf keinen Fall auf dem Rücken der Patienten ausgetragen werde. Jedoch können sich die bayerischen Zahnärzte die Entmachtung der demokratisch gewählten Organe der Selbstverwaltung durch den Staat nicht gefallen lassen. Wenn man die Unterstüt-



Die demonstrierenden Zahnärzte, Kieferorthopäden sowie Praxispersonal vor dem Münchner Zahnärztheus in der Fallstraße. (Foto: Kristin Oemus)



Im Vorfeld der Demonstration fand eine Pressekonferenz mit führenden Vertretern der Bayerischen Landes Zahnärztekammer, der Abrechnungs- und Beratungsgesellschaft für Zahnärzte eG, des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte und der Vertreterversammlung der KZVB statt. (Foto: Kristin Oemus)

zung der Bevölkerung für echte Reformen wolle, müsse Schluss sein mit semantischer Schönfärberei à la „Praxisgebühr“ und mit versteckter Rationierung durch Budgetierung. „Wir wollen einfache, klare, verständliche Rahmenbedingungen und nicht 471 Änderungen an einem Gesetz, das längst kein Bürger mehr versteht.“ Allein die Ausführungsbestimmungen zur Kassengebühr umfassen 20 Seiten!

Dr. Wolfgang Heubisch, Präsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern und Delegierter der Vertreterversammlung, lenkte den Blick der Versammlung auf das erste Sonderrundschreiben des so genannten „Beauftragten gemäß §79a SGBV“, Dr. Maximilian Gaßner. In diesem heißt es, dass sich das Ministerium seit Jahren für die Interessen der Freien Berufe, vor allem für die Ärzte und Zahnärzte in Bayern einsetze. Die Unverhältnismäßigkeit der Mittel und die Beschränkungen oder Verbote der freien Willensäußerung veranlasse ihn, sich gegen diese Entwicklung durch eine persönliche Klage zur Wehr zu setzen.

Es ist übrigens ein sehr wichtiges Zeitdokument und sehr interessant, dieses Rundschreiben genau zu lesen, denn dort wird erstmals schriftlich bekannt gegeben,



Aus allen Teilen Bayerns war man gereist, um öffentlich die Empörung über die Einsetzung eines Staatskommissars in die Funktion der KZVB-Führung kundzutun. (Foto: Kristin Oemus)



Auch die ABZ-Vorstände Dr. Udo Hübner (li.) und Dr. Bruno Weber waren bei der Demo gegen das Einsetzen des Staatskommissars dabei. (Foto: ABZ eG)



BLZK-Präsident Michael Schwarz (li.) und Dr. Gert Kräutler, Delegierter der KZVB sowie Vorsitzender des Aufsichtsrats der ABZ eG. (Foto: Kristin Oemus)

dass die Maßnahmen der Gesundheitsgesetzgebung bewusst stringent und bestrafend gegen die Zahnärzte eingesetzt wurden. Von welcher politischen Kraft? **KN**

## KN Statement

### Statement von Bayerns Sozialministerin Christa Stewens zur „Wahrnehmung der Aufgaben der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB) – Auswirkungen auf die Kieferorthopäden“

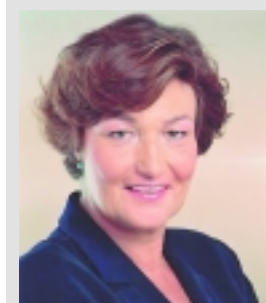
Am 25. Februar 2004 ist das Bayerische Sozialministerium in die Stellung von Vorstand und Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB) eingetreten; seitdem nimmt das Sozialministerium die Aufgaben der zahnärztlichen Selbstverwaltungsorgane wahr.

Ursächlich für das Einschreiten der Rechtsaufsicht waren die von der Vertreterversammlung am 21. und 22. November 2003 im Hinblick auf das GKV-Modernisierungsgesetz gefassten Beschlüsse. Darin wird der Vorstand der KZVB aufgefordert, aktiv gegen die Umsetzung der Gesundheitsreform vorzugehen und den Ausstieg aus der vertragszahnärztlichen Versorgung vorzubereiten. Das Ministerium hatte daraufhin die KZVB verpflichtet, die rechtswidrigen Beschlüsse aufzuheben, eine Erklärung zur Rechtskonformität abzugeben und die Vertragszahnärzte über diese Maßnahmen zu informieren. Hierzu war die KZVB leider nicht bereit. Sie reichte stattdessen beim Sozialgericht München Klage ein und beantragte die Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage; der Antrag wurde vom Gericht am 16. Februar 2004 in vollen Umfang abgewiesen: Durch das Verhalten der Selbstverwaltungsorgane der KZVB wird – so auch das Gericht – die Funktionsfähigkeit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung beeinträchtigt und letztlich auch die ordnungsgemäße Vertretung des einzelnen Vertragszahnarztes sowie die korrekte Wahrnehmung seiner Interessen gefährdet. Durch die Einsetzung des so genannten „Staatskommissars“ wollen wir nicht mehr, aber auch nicht weniger erreichen, als dass die KZVB zukünftig wieder im Einklang mit geltendem Recht verwaltet wird. Für

den einzelnen Kieferorthopäden oder Zahnarzt, der sich schon bisher rechtsstreuhaltend verhalten hat, ändert sich dadurch nichts. Die Übernahme richtet sich nicht gegen die Zahnärzteschaft in Bayern, sondern nur gegen diejenigen, die die KZVB als standes- und berufspolitische Organisation missbrauchen wollen. Konkrete Folgen der Verweigerungshaltung der Organe der KZVB mussten die Patienten in Bayern schon am eigenen Leib erfahren. So haben Zahnärzte auf der Grundlage einer diesbezüglichen Information der KZVB entgegen der gesetzlichen Regelung bei Vorsorgeuntersuchungen eine Praxisgebühr erhoben; und eine Reihe von Kieferorthopäden – aber auch andere Zahnärzte in Bayern – verlangten von ihren Patienten vor der Behandlung eine Erklärung, dass sie sich gegen Direktabrechnung behandeln lassen. Dabei haben auch nach Inkrafttreten der Gesundheitsreform am 1. Januar 2004 Versicherte Anspruch auf eine ärztliche Behandlung „auf Chipkarte“. Verweigert dies ein Arzt und behandelt er seine Patienten nur noch gegen Rechnung, ist dies eindeutig rechtswidrig: Ein solcher Verstoß gegen die vertragszahnärztlichen Pflichten kann nicht nur zulassungs- und disziplinarrechtliche, sondern unter Umständen sogar auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen. Ebenso rechtswidrig wäre es, einen Patienten durch falsche Informationen zur „Wahl“ der Kostenerstattung zu drängen oder einen Patienten, der nicht Kostenerstattung gewählt hat, eine über seinen Eigenanteil hinausgehende Rechnung zu stellen. Ziel der Aufgabenwahrnehmung durch das Sozialministerium ist es, die bayerischen Kieferorthopäden und Zahnärzte korrekt über die Rechtslage zu informieren und die entstandenen Irritationen auszuräumen: Damit haben Patienten und Zahnärzte endlich wieder Rechtssicherheit.

Christa Stewens  
Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

## KN Kurzvita



### Christa Stewens

- geboren am 27. August 1945 in Altötting
- römisch-katholischer Konfession
- verheiratet, 6 Kinder
- 1956–1965 Maria-Ward-Gymnasium
- 1965–1967 Arbeit in einem Architekturbüro

- danach Hausfrau in Poing-Angelbrechting, Gemeinderätin, Kreisrätin und Fraktionsvorsitzende, 10 Jahre umweltpolitische Sprecherin der Kreistagsfraktion
- bis 10/1994 Bezirksrätin
- seit 1994 Mitglied des Bayerischen Landtags und dort in den Ausschüssen für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit und für Landesentwicklung und Umweltfragen sowie im Arbeitskreis Gentechnik; zudem verbraucherpolitische Sprecherin der CSU-Fraktion
- seit 10/1998 Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen
- seit 1/2001 Staatsministerin im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen